

- Fall 1** A ist Gesellschafter der A & B oHG. Er bestellt bei G, dem Geschäftsführer der P-GmbH, telefonisch 100 Prozessoren zum Preis von 50.000,- €. Als die Prozessoren geliefert werden, erfährt B von dem Geschäft. Dieser wendet sich sogleich an die P-GmbH und erklärt, die Prozessoren würden nicht bezahlt, die GmbH könne sie wieder abholen. Der Auftrag übersteige die wirtschaftlichen Fähigkeiten der oHG, zumal ein Großkunde abgesprungen sei.
Muß die oHG zahlen?
- Fall 2** V vertreibt im großen Stil Delikatessen, ohne im Handelsregister eingetragen zu sein. K betreibt ein Einzelhandelsgeschäft und bestellt bei V 15 kg Wildschweinsalami aus der Toskana für 600,- €. Am 1.6. wird die Salami geliefert, die allerdings bereits verdorben ist. Am 1.10. mahnt V die ausstehende Kaufpreiszahlung an. K erwidert, für die verdorbene Ware würde er nichts bezahlen. V müsse wenigstens ordentliche Ware nachliefern, bevor er, der K, zahlen müßte.
Hat K einen Anspruch auf Nacherfüllung?
- Fall 3** Aufgrund eines Kaufvertrages liefert L an die GmbH 5 Computer. 4 Wochen später bemerkt Geschäftsführer G, daß die Computer sich wegen fehlerhaften Netzteilen nicht einschalten lassen. Er fordert nun von L, 5 intakte Computer zu liefern.
Muß L liefern?
- Fall 4** Der Delikatessenhändler V (aus Fall 2) nimmt am 1.8. den G als Gesellschafter in das Geschäft auf. Bereits am 15.6. hatte der Trüffelsucher T 3 kg Trüffel für 1.500,- € an V geliefert. T verlangt nunmehr von G Zahlung der 1.500,- €. G erwidert, er habe mit V vereinbart, keine Haftung für dessen Altgeschäfte zu übernehmen. Die Lieferung erfolgte vor seinem Eintritt als Gesellschafter. Er hätte hiermit nichts zu tun.
Muß G zahlen?
- Fall 5** A und B sind Kommanditisten, C ist Komplementär der Techno Event C KG. A hat seine Einlage in Höhe von 50.000,- € noch nicht geleistet. Als Prokurist der KG ist P tätig. Am 1.9. wird dem P die Prokura jedoch entzogen. Gleichwohl mietet er am 4.9. eine Großraumdisco für 30.000,- € bei D. Am 15.9. wird dann im Handelsregister eingetragen, daß P nicht mehr Prokurist ist.
Kann D von A Zahlung der 30.000,- € verlangen?

- Fall 6** A und B gründen eine oHG. A verpflichtet sich im Gesellschaftsvertrag, keine Geschäfte über 5.000,- € zu tätigen. Gleichwohl kauft er für die oHG bei V eine Telefonanlage für 7.000,- €. Als V nach der Lieferung von der oHG Zahlung der 7.000,- € verlangt, weigert sich A mit Hinweis auf den Gesellschaftsvertrag. Welche Ansprüche hat V?
- Fall 7** G ist Geschäftsführer der L-GmbH. P ist Prokurist der H-KG. P bestellt am 1.10. für die KG 5 Computer für 5.000,- €. Nachdem die Computer geliefert wurden, verweigert die KG die Zahlung, weil P ausdrücklich angewiesen worden war, die Computer nicht bei der GmbH, sondern bei dem günstigeren Contra-Markt zu kaufen.
Kann die GmbH Zahlung der 5.000,- € von der KG verlangen?
- Fall 8** Die X-GmbH vertreibt Büromaschinen. Sie erhält von der B-Bank einen Einrichtungskredit über 100.000,- €. Im Gegenzug tritt die X-GmbH in dieser Höhe ihre künftigen Erlösforderungen an die B-Bank ab. Anschließend liefert der Produzent P unter verlängertem Eigentumsvorbehalt 20 Farblaserkopierer zum Gesamtpreis von 60.000,- € an die X-GmbH. Die X-GmbH verkauft und liefert die 20 Kopierer für 90.000,- € an K. Da die X-GmbH in Zahlungsschwierigkeiten gerät, verlangt die B-Bank von K, der den Kaufpreis noch nicht entrichtet hat, Zahlung der 90.000,- €.
Welche Ansprüche hat P?
- Fall 9** Die GmbH liefert Computer unter verlängertem Eigentumsvorbehalt an die KG. P, Prokurist der KG, hatte die Computer dann am 15.10. für 7.000,- € an den Einzelkaufmann K weiterveräußert. Am 30.10. nimmt der K den D in sein Unternehmen mit auf. Da die KG die Computer noch immer nicht bezahlt hat, will die GmbH von D Zahlung der 5.000,- € oder zumindest von K die Computer zurück.
Zu Recht?
- Fall 10** A ist Alleingesellschafter und Geschäftsführer der GmbH. Er kauft von der GmbH einen Porsche als Zweitwagen und meldet diesen auf seinen Namen um. G ist Gläubiger der GmbH und läßt aufgrund eines Vollstreckungsbescheides den Porsche pfänden.
Wie kann A sich wehren?

- Fall 11** L liefert an die GmbH Computer unter Eigentumsvorbehalt, die GmbH zahlt zunächst nicht. D hat einen Titel gegen die GmbH und läßt die Computer pfänden.
Kann L sich gegen die Pfändung wehren?
- Fall 12** P ist Prokurist der A + B oHG, die Nähmaschinen vertreibt. Er kauft beim Lieferanten L 1.000 Nähmaschinen für je 100,- €. Der marktgerechte Einkaufspreis beträgt lediglich 40,- €. Das wissen sowohl L als auch P. Als Dankeschön für das Geschäft erhält P von L eine „private Provision“ über 30.000,- €. Als A, Gesellschafter der oHG, von diesen Umständen des Kaufes erfährt, verweigert er die Kaufpreiszahlung.
Zu Recht?
- Fall 13** S ist Geschäftsführer der W-GmbH. Diese befindet sich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Mit Fax vom 1.2. wendet S sich auf Geschäftspapier der W-GmbH an den J:
*“Hallo J,
ich bitte Dich um ein kurzfristiges, zinsloses Darlehen über 90.000,- €. Bitte Überweisen an das Geschäftskonto der W-GmbH.
Bitte, bitte, mach das für mich. Ich danke Dir.
Viele Grüße an Deine Frau und Deinen Sohn.
Gruß S.“*
Das Fax wurde vom Firmenfaxgerät aus gesendet. Am 1.8. kündigt J das Darlehen gegenüber S.
Muß S die 90.000,- € zurückzahlen?
- Fall 14** Lieferant L liefert an die GmbH, die einen Großhandel betreibt, unter (einfachem) Eigentumsvorbehalt Bistro-Tische. K ist Komplementär der KG, die einen Party-Service betreibt. Er kauft bei der GmbH für die KG 100 Bistro-Tische für 25.000,- € und nimmt diese auch gleich mit. K geht davon aus, daß die Bistro-Tische zwar noch nicht der GmbH gehören, daß diese die Tische aber gleichwohl veräußern darf. Nachdem die GmbH insolvent wird und die KG die Tische noch nicht bezahlt hat, verlangt L von der KG Herausgabe der Tische.
Zur Recht ?
- Fall 15** Die oHG vertreibt Spielgeräte. Die GmbH betreibt einen Garten- und Landschaftsbaubetrieb. Für die Errichtung eines Spielplatzes benötigt die GmbH Rutschen und Schaukeln. Die oHG macht der GmbH am 1.10. schriftlich ein entsprechendes Angebot für insgesamt 15.000,- €. Auf diesem Angebot heißt es: *„Es gelten unsere umseitig abgedruckten Geschäftsbedingungen.“*

Mit Schreiben vom 4.10. schreibt die GmbH zurück:

“Wir nehmen Ihr Angebot vom 1.10. an. Es gelten unsere umseitigen Geschäftsbedingungen.“

In beiden Geschäftsbedingungen heißt es:

“Die Transportversicherung trägt der Vertragspartner.“

Nachdem die Sachen geliefert und auch der Kaufpreis gezahlt wurde, verlangt die oHG noch 150,- € für die Transportversicherung, die sie abgeschlossen hatte. Muß die GmbH zahlen?

Fall 16 P beauftragt den gewerblichen Gebrauchtwagenhändler H, im eigenen Namen, aber für Rechnung des P, einen Opel Manta zu kaufen. H erwirbt dann ein solches Fahrzeug bei D. Er stellt den Wagen auf seinen Hof. Dort wird er durch G, einen Gläubiger des H, gepfändet.

Kann P sich gegen die Pfändung wehren?

Variante

P hatte H mit dem Verkauf seines Opel Manta beauftragt. Nachdem H das Fahrzeug an D für 3.000,- € verkauft hatte, pfändet G, ein Gläubiger des H, bei D die Kaufpreisforderung.

Kann P sich gegen die Pfändung wehren?

Fall 17 A betreibt das Zoogeschäft „Samen Hansi“. Er setzt sich zur Ruhe und überträgt das Geschäft auf seinen Sohn B, der es - mit Zustimmung des A- unter dem gleichen Namen fortführt. Vor dem Wechsel hatte A von L Saatgut für 5.000,- € erhalten. Nun verlangt L von B die 5.000,- €.

Muß B zahlen?

Fall 18 G ist mit 50 % Mitgesellschafter der GmbH. Da die GmbH ihre laufenden Rechnungen nicht mehr zahlen kann, bittet sie die B-Bank um ein Darlehen über 100.000,- €. Nachdem G für dieses Darlehen gebürgt hat, wird es am 1.1. ausgezahlt. Am 1.4. zahlt die GmbH das Darlehen an B zurück. Am 1.11. wird das Insolvenzverfahren über das Vermögen der GmbH eröffnet. Insolvenzverwalter I verlangt nun von G Zahlung von 100.000,- € an die GmbH. Zu Recht?

Fall 19 A und B gründen eine GmbH zum Betrieb eines Container-Dienstes. A und B vereinbaren, daß B hierfür einen LKW beschaffen soll. Laut Gesellschaftsvertrag beträgt die Bareinlage des B 30.000,- € beträgt. H hat einen passenden LKW im Angebot. B informiert die GmbH entsprechend und zahlt 30.000,- € ein. Noch am gleichen Tag erwirbt die GmbH den LKW für

30.000,- €. Später erwirkt G einen Titel über 25.000,- € gegen die GmbH. Die GmbH verfügt über keinerlei Vermögen mehr. Daraufhin erwirkt G einen Pfändungs- und Überweisungsbeschuß gegen B wegen der (vermeintlichen) Forderung der GmbH gegen B auf Zahlung der Stammeinlage. G fordert von B nunmehr Zahlung der 25.000,- €. B erwidert, er habe seine Einlage bereits geleistet.

Muß B zahlen?